



Ausschuss für Kommunalpolitik

9. Sitzung (öffentlich)

26. Oktober 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:45 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.	
1 Information über das Leitprogramm zur Stärkung der Europafähigkeit der Kommunen	6
– Bericht durch den Staatssekretär bei der Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien	
– Bericht von StS Dr. Marc Jan Eumann (MBEM)	6
– Diskussion	9
2 Schwerpunkte der Regierungserklärung der 16. Legislaturperiode	13
– Aussprache	13

3 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2012 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 – GFG 2012) 27

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/302

In Verbindung mit:

Gesetz zur Errichtung eines Fonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Gesetzes zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspakts Stadtfinanzen (Stärkungspaktfondsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/176

Ausschussprotokoll 16/54

Sowie:

Für mehr Gerechtigkeit im kommunalen Finanzausgleich – Gestaffelte fiktive Hebesätze einführen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/816

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss stimmt dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 Drucksache 16/302 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN zu. – Eine entsprechende Mitteilung ergeht an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss.

Das Stärkungspaktfondsgesetz Drucksache 16/176 beschließt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der PIRATEN.

Schließlich lehnt der Ausschuss den Antrag der FDP Drucksache 16/816 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP und bei Enthaltung von CDU und PIRATEN ab.

- 4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen (Nichtraucherschutzgesetz NRW – NiSchG NRW) 29**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/125
- Ausschussprotokoll 16/40
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –
- Der Ausschuss verzichtet wegen im federführenden Ausschuss angekündigter Änderungsanträge auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales.
- 5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) 30**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/57
- Ausschussprotokoll 16/58
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –
- Der Ausschuss verzichtet wegen noch zu erwartender Änderungen am Gesetzentwurf im federführenden Ausschuss auf ein Votum.
- 6 Aktueller Stand zur Einführung des NKF – Wie weit ist die Umsetzung? 31**
- Auf Antrag der Piratenfraktion
- Bericht von LMR Benedikt Emschermann (MIK)
(siehe Vorlage 16/343) 31
- 7 Verschiedenes 32**
- (Hierzu liegt nichts vor.)*
- Nächste Sitzung: 23. November 2012 32**

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in Nordrhein-Westfalen (Nichtraucherschutzgesetz NRW – NiSchG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/125

Ausschussprotokoll 16/40

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Vorsitzender Christian Dahm schickt voraus, dass der federführende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales dazu am 26. September 2012 eine Anhörung durchgeführt habe. Der AKo habe sich im Rahmen einer Pflichtsitzung beteiligt. Das Anhörungsprotokoll liege mittlerweile vor. Heute könnte die abschließende Beratung erfolgen und über ein Votum an den federführenden Ausschuss abgestimmt werden.

Michael Hübner (SPD) teilt mit, dass er aus dem federführenden Ausschuss wisse, dass dort noch Änderungsanträge vorgelegt würden. Er rege deshalb an, dass der Ausschuss daher auf ein Votum verzichte und dann der federführende Ausschuss in Abstimmung mit den Kollegen vom AKo entscheide.

Inhaltlich freue er sich darüber, dass das Ministerium sich mit dem Gesundheitsministerium abstimme, um Fragen der Konnexität zu klären. Er habe das so wahrgenommen, dass sich das Kommunalministerium und das Gesundheitsministerium auf eine gute Formulierung verständigt hätten. Das begrüße er aus kommunaler Sicht ausdrücklich.

Der Ausschuss verzichtet wegen im federführenden Ausschuss angekündigter Änderungsanträge auf ein Votum an den federführenden Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

